37. Jahrgang Nr. 424

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 10. September 1919

Besetzung Oberschlesiens?

Ein Telegramm Duponts an den Obersten Rat.

Haag, 10. September.

Aus London wird gemeldet: Reuter berichtet, daß der Chef der alliierten Mission in Oberschlesien, General Dupont, beschloß, sofort ein Telegramm nach Paris zu schicken, in dem die Notwendigkeit einer Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen hervorgehoben wird. Diese Besetzung kann aus technischen Gründen nicht vor dem 20. September stattfinden.

*

Wie die „P. P. N." erfahren, ist von der Aktion des Generals Dupont an keiner zuständigen deutschen Stelle etwas bekannt: „Es spricht auch nicht das geringste dafür, anzunehmen, daß die nunmehr zurückgekehrte Ententemission zu einem derartigen Entschluß gekommen sei."

*

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, wird der Preußischen Landesversammlung voraussichtlich sofort nach ihrem Zusammentritt in der zweiten Hälfte dieses Monats ein Gesetzentwurf über die Verleihung der Provinzialautonomie an Oberschlesien zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Krawall in Glogau.

Eingreifen des Militärs. — Fünf Tote.

Glogau, 10. September.

Wie in Breslau und Schweidnitz suchte auch hier eine Menschenmenge eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Die Absicht gelang ohne Radauszenen, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhielt und zu starken Ansammlungen in der Langen Straße führte. Die Ansammlungen wurden später immer stärker, blieben zwar zurückhaltend, konnten aber zum Auseinandergehen nicht bewogen werden. In der neunten Abendstunde wurde Militär herbeigeholt. Als die Menge den Soldaten die Gewehreentreißen wollte, wurde das Feuer eröffnet. Fünf Personen wurden getötet. Sämtliche Straßenkreuzungen sind mit Maschinengewehren abgesperrt. Die Nacht verlief ruhig. Die Erregung ist sehr groß.

Die Antwort kein Ultimatum?

Noch kein Beschluß der Alliierten.

Versailles, 9. September.

Der Oberste Rat der Alliierten konnte heute noch zu keinem Entschluß bezüglich der deutschen Note betreffend Artikel 61 der Reichsverfassung kommen. „Daily Mail" behauptet, die Antwort werde keinem Ultimatum gleichkommen.

Was bringt die Note?

Amerikanisches Entgegenkommen.

Lugano, 9. September. (D. A. Ztg.)

Als Gegenäußerung zur Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum des Obersten Rats hatte die französische Konferenz-Delegation, wie der „Corriere" meldet, eine neue nachdrückliche Note vorgeschlagen, an der an den Forderungen des Ultimatums unverändert festgehalten worden wäre. Die amerikanische Delegation lehnte jedoch diese Art der Erledigung ab und erklärte, einen neuen eigenen Vorschlag einreichen zu wollen. **Die Amerikaner teilen die französische Auffassung nicht, wonach Art. 80 des Versailler Friedensvertrages den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbiete, da ja ausdrücklich die Möglichkeit des Anschlusses durch Zustimmung des Völkerbundes gewährleistet werde.** Wahrscheinlich wird die amerikanische Delegation der deutschen Regierung einen Weg weisen, durch den sie sich ehrenvoll aus der heiklen Lage befreien könnte.

Bulgariens Friede.

Versailles, 9. September.

Wie „Temps" wissen will, steht noch nicht fest, wann und in welcher Form der bulgarischen Friedensdelegation der Friedensvertragsentwurf überreicht werden wird.

Dewet für Rückgabe Deutsch-Südwestafrikas.

Amsterdam, 10. September.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Kapstadt, General Dewet habe durch Vermittlung des nationalistischen Organs „Volksblad" in Bloemfontein ein Manifest veröffentlicht, er wolle über die ungesetzliche Eroberung von Deutsch-Südwest- und Ostafrika nicht länger schweigen, und er müsse jetzt, wo Botha tot sei, zu seinem Leidwesen mit der nackten Wahrheit herausrücken. Die wirkliche Ursache für den Aufstand von 1914, an dem er teilgenommen habe sei der ungerechtfertigte Angriff auf das deutsche Gebiet gewesen, und er beabsichtige deshalb, eindringlich an das Volk von Südafrika zu appellieren, es möge die Regierung zwingen, die deutschen Kolonien ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben. Er erklärte öffentlich, er werde, obwohl noch interniert, die Regierung nicht noch einmal um Erlaubnis fragen, wenn er seinen Distrikt zu verlassen wünsche.

Der alte, sympathische Burengeneral wird mit seinem Eintreten für das Recht gegen die Begehrlichkeit seiner Landsleute ohne Erfolg bleiben.

Für die Rückbeförderung der Russen. Aus Wien wird gemeldet: Gestern fand, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, eine Massenversammlung der Frauen und Mütter statt, die die sofortige Rückbeförderung der russischen Kriegsgefangenen verlangt. Der Referent erklärte, daß der Rücktransport 750 Millionen Kronen kosten würde, daß aber das Haupthindernis die Bereitstellung der Transportmittel sei, mit denen wir von der Entente abhängig sind. Der Redner appellierte an die ganze Welt, vor allem an die Frauen und Mütter, damit die Kriegsgefangenen baldmöglichst in ihre Heimat zurückgesandt werden.

Haase als Pessimist.

Warnung vor Revolutionshoffnungen. — Die Reichskonferenz der Unabhängigen.

Gestern begann in Berlin die Reichskonferenz der Unabhängigen. Hierbei hielt der Parteiführer Hugo Haase ein Referat über die politische Lage. Haase führte u. a. folgendes aus: Das Charakteristische an der politischen Lage ist, daß wir seit acht Monaten eine Regierung haben, die sich nur durch den Belagerungszustand halten kann. Sie würde ihn auch gar nicht aufgeben können, weil das Militär tatsächlich die ausschlaggebende Macht besitzt. Oberst Reinhard nannte die Regierung ein Gespinst, trotzdem hat man nicht gewagt, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß eine gewisse Ermüdung im Proletariat eingetreten ist. Auch die Kommunisten erkennen die Situation richtig und rechnen sogar mit der Möglichkeit, daß die **revolutionäre Stimmung noch weiter absinkt.**

Es ist ganz falsch, wenn Geyer in der „Leipziger Volkszeitung" ein akutes Stadium der Revolution schon für die nächsten Monate als sicher ankündigt.

Dennoch brauchen wir nicht kleinmütig zu werden. Es sind genug vorwärtstreibende Elemente vorhanden. Schon die Steuerpolitik der Regierung muß immer wieder den Widerstand des Proletariats herausfordern. Die wirtschaftliche Not kann dazu führen, daß wir bald wieder in eine neue verschärfte Revolutionsphase hineinkommen. **Es kann aber auch sein, daß es länger dauert,** bis die Welle wieder einen Hochwunsch erreicht. Auch damit müssen wir rechnen und dürfen nicht alles auf eine Karte setzen, dürfen nicht die Hasardeurpolitik eines Ludendorff anwenden. Die Frage einer Beteiligung an der Regierung ist im Grunde eine Doktorfrage. Eine Regierung mit Bürgerlichen kommt gar nicht in Frage. Das Experiment einer Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten ist an deren unrevolutionären Verhalten gescheitert. Auf dem Boden der jetzt beschlossenen Verfassung ist ein Mitarbeiten in der Reichsregierung vollends nicht denkbar. In den Einzelstaaten ist die **Uebernahme der Regierungsgewalt sehr wohl möglich** und angebracht, wenn unsere Genossen die Mehrheit haben. Unsere Aufgabe muß es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken, die Situation richtig zu erkennen und zu nutzen. Dann wird auch über kurz oder lang die Zeit kommen, wo wir die Regierungsgewalt ergreifen und wirklich dauernd festhalten können.

Nach Haase sprach Curt Geyer (Leipzig), der im Sinne seiner Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" für das Rätesystem eintrat. Es folgte sodann eine Diskussion.

Um die Internationale.

Die Urabstimmung in Schweden.

Stockholm, 8. September. („Freiheit".)

Die innerhalb der schwedischen linkssozialistischen Partei in 117 Gemeinden vorgenommene Urabstimmung hat ergeben: 4318 Stimmen für Anschluß an Moskau ohne Vorbehalt, 2043 Stimmen für Anschluß mit Vorbehalt und 255 für Lindhagens humanistisches Programm.

*

Die vorstehenden Ziffern beweisen eine äußerst geringe Wahlbeteiligung oder die zahlenmäßige Schwäche der schwedischen Unabhängigen.

Die Kosten der Revolutionsräte.

Zu der von einigen Blättern gebrachten Nachricht, daß der Finanzminister eine Denkschrift über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben beabsichtigt, wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" von eingeweihter Seite mitgeteilt:

„Bei vielen Arbeiter- und Soldatenräten kann lediglich festgestellt werden, wieviel verbraucht worden ist. Der Verbrauch, der im ganzen über 90 Millionen beträgt, läßt sich im einzelnen jedoch nicht nachweisen, teils, weil die betreffenden Persönlichkeiten unauffindbar sind, teils deshalb, weil überhaupt nicht Buch geführt worden ist. Eine besondere ordnungsmäßige Buchführung, wie sie besonders der auch von Ludendorff in seinem Werke erwähnte Soldatenrat der 4. Armee aufzuweisen hat, bildet eine Ausnahme."

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß der übermäßige und in seinen einzelnen Teilen nicht nachweisbare Verbrauch vielfach auf das Konto der Arbeiter- und nicht der Soldatenräte zu setzen ist.

Ein demokratisches Jugendorgan! Der Reichsbund der Deutschdemokratischen Jugendvereine teilt mit, daß nunmehr das vom 1. Berliner Jugendtag beschlossene demokratische Jugendorgan gegründet wurde und unter dem Titel „Die Demokratische Jugend" im Verlage und unter Leitung des Berliner jungen Demokraten Erwin Löwe erscheinen wird. Die Zeitschrift wird ab Oktober an jedem 10. und 25. des Monats im Format großoktav, 24 Seiten stark, zur Ausgabe gelangen. Preis pro Heft 50 Pfennig, vierteljährlich 3 Mark, jährlich 10 Mark. Zuschriften, Anfragen und Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Die Demokratische Jugend", Erwin Löwe, Berlin W 57, Bülowstr. 61.

Ueberfluß in Australien. Nach einer Meldung aus London lagern in Sidney mehr als drei Millionen Tonnen Getreide, 50 000 Tonnen Fleisch, 20 000 Tonnen Gefrierkaninchen, 60 000 Tonnen anderer Lebensmittel und 1 320 000 Tonnen Waren, die wegen Mangels an Schiffsraum nicht abtransportiert werden können.

Kardinal Mercier in New-York. Laut Pressebureau Radio ist Kardinal Mercier in New-York angekommen.

Eine „Köpenickiade".

Die Haussuchung bei der sozialdemokratischen Einigungsstelle.

Unter der Ueberschrift „Der Elefant im Porzellanladen" hatten wir kürzlich von einer tollen Haussuchung in der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Potsdamer Straße 27b, berichtet. In der Mitteilung war gesagt worden, daß die Untersuchung durch zwei Beamten des Reichswehrgruppenkommandos I erfolgte. Wie der „Vorwärts" mitteilt, wurde von dem Leiter der Nachrichtenstelle des Kommandos, Oberleutnant Knauth, auf eine Beschwerde hin, erwidert, daß von seiner Behörde niemals eine derartige Haussuchung veranlaßt worden sei; der Herr Oberleutnant fügte noch hinzu, daß die ganze Geschichte nur eine Köpenickiade gewesen sein könne.

Nun habe sich aber am gestrigen Dienstag dies zugetragen:

„Am Nachmittag erschienen in der Wohnung des Schriftleiters der Zeitschrift „Der Marxist", Prinzwalker Straße 1, dieselben angeblichen Beamten des Reichswehrgruppenkommandos, um auch dort eine Haussuchung vorzunehmen. Der also belästigte, Genosse R., Mitglied der Zentralstelle für Einigung, erkannte die beiden gleich wieder und erklärte, gemäß der von Herrn Oberleutnant Knauth gegebenen Auskunft, daß er zunächst die Polizei anrufen müsse, damit diese der Haussuchung beiwohne. Darauf — ergriffen die beiden die Flucht! Der eine wurde in dem Hause Prinzwalker Straße 2 auf dem Boden festgenommen, während der zweite durch die Turmstraße entkommen war.

Soweit schien sich die Annahme einer Köpenickiade zu rechtfertigen, aber es kam ganz anders. Auf das 75. Polizeirevier gebracht, erklärte nämlich der eingefangene Flüchtling, daß er — Agent der Nachrichtenabteilung des Generalkommandos Lüttwitz sei und berief sich auf die Nachrichtenoffiziere Hauptmann Böse und Oberleutnant Menckwitz. Dem recherchierenden Kriminaloberwachtmeister Fritze wurde telephonisch von diesen beiden Herren bestätigt, daß tatsächlich der Festgenommene wie der Entflohene Agenten des Generalkommandos Lüttwitz seien."

Der „Vorwärts" begnügt sich vorerst mit der Feststellung des Tatbestandes und fragt „Wer kommandiert im Generalkommando Lüttwitz?" Wir meinen, daß das Mehrheitsblatt diese Frage nicht erst hätte zu stellen brauchen, da es nachgerade für jedermann, der Augen und Ohren hat, erkennbar geworden ist, daß verschiedene Militärs sich den Teufel um Vorschriften und Gesetze kümmern. Aber was wird getan werden, um derartige „Köpenickiaden" ein für allemal unmöglich zu machen?

Die Organisation der „Technischen Nothilfe".

Gegen die spartacistische Sabotage-Organisation.

Ueber Richtlinien und Organisation der Technischen Nothilfe der Reichswehr, über die wir bereits berichteten, erfahren wir noch:

„Die Verwendung der Technischen Nothilfe beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe durch Notstandsarbeiten. Lebenswichtige Betriebe sind Gas, Wasser, Elektrizität, Eisenbahn, Post, Telegraphie, Berg- und Hüttenwesen, Landwirtschaft. Es wird keine produktive, sondern nur Erhaltungsarbeit geleistet. Die Technische Nothilfe will in erster Linie die Arbeiterschaft heranziehen. Es ist demnach die Hauptaufgabe der Propaganda, die überwiegende Mehrzahl ihrer Mitglieder in Arbeiterkreisen zu gewinnen. Die Mitglieder der Technischen Nothilfe sind auf Arbeitsdisziplin verpflichtet. Führer in den Verbänden können nur technisch erfahrene Fachleute werden. Diese brauchen nicht Heeresangehörige gewesen zu sein. Mit allen Mitteln wird darauf hingearbeitet, die Aufgaben der Technischen Nothilfe von den örtlichen Verbänden allein, unter möglichster Einschränkung der Inanspruchnahme auswärtiger Hilfe, erfüllen zu lassen.

Es sind bis jetzt 30 000 Freiwillige gewonnen, denen im Einberufungsfalle Entschädigung, Bekleidung und Verpflegung sowie notfalls Invaliden- und Hinterbliebenenentschädigung garantiert ist. Es werden Fachleute, aber auch ungelernte Arbeiter gesucht."

Die „Technische Nothilfe" soll mit besonderer Beschleunigung ausgebaut werden, weil nach zuverlässigen Mitteilungen eine kommunistisch-spartacistische Streik- und Zerstörungsorganisation in der Bildung begriffen ist, die sich gleichfalls der Hilfe fachmännischer Kräfte bedient. Es ist zu befürchten, daß diese Sabotageorganisation das deutsche Wirtschaftsleben lahmlegen wird, wenn nicht eine Gegenorganisation entsteht. Im Winter, bei den leider zu befürchtenden Unruhen, dürfte sich dies zeigen.

Die Zentrale und Anmeldestelle für Berlin befindet sich Potsdamer Straße 83a.

Politische Nachrichten.

Die Uebersiedlung der Nationalversammlung von Weimar nach Berlin ist beendet. Das Bureau der Nationalversammlung befindet sich jetzt im Reichstagsgebäude in Berlin. Vom 23. September ab tagen bereits Ausschüsse im Reichstag.

Aus Kassel wird gemeldet: Scheidemann ist aus der Schweiz zurückgekehrt und wird am Donnerstag abend im „Stadtparkgarten" über die politische Lage sprechen.

Wie die „Dene" von zuständiger Seite erfährt, wird die Vereidigung der Offiziere und Mannschaften der Reichswehrtruppen noch in dieser Woche stattfinden.

Der dänische Kartoffelreichtum. Die dänische Kartoffelernte ist außerordentlich groß. Man schätzt sie auf 13 bis 14 Millionen Tonnen. Etwa 6 Millionen Tonnen stehen der Ausfuhr zur Verfügung.

Ratifizierung in Brasilien. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro wurde der Friedensvertrag von Versailles von der brasilianischen Deputiertenkammer ratifiziert.

Groß-Berlin.

Der umgearbeitete Gesetzentwurf.

Der Gesetzentwurf Groß-Berlin ist im Ministerium des Innern auf Grund der Meinungäußerungen der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke einer Umarbeitung unterzogen worden und soll jetzt dem Staatsministerium zugehen. Vorausichtlich Ende September wird die Vorlage der preußischen Landesversammlung übermittelt werden. Die meisten der Groß-Berliner Gemeinden haben sich auf den Standpunkt des Gesetzentwurfs gestellt, mit Ausnahme von Spandau, einigen Landhausgemeinden im Süden und einigen Rieselgutsgemeinden im Norden. Alle Gemeinden haben Wünsche nach einer weitergehenden Dezentralisation und Selbstverwaltung in den Bezirken ausgesprochen. Der Gesetzentwurf trägt diesen Wünschen soche als der Berentsurgt Rechnung. Die „Bezirke" (der Ausdruck „Distrikte" ist fallen gelassen worden) erhalten ein größeres Maß von Zuständigkeiten. Die Zahl der in den Bezirksversammlungen neben den Stadtverordneten vertretenen Bürger ist auf das Dreifache der Zahl der Stadtverordneten erhöht. Eine wesentliche Neuerung besteht darin, daß diese Bürgervertreter in gemeinsamer Wahl mit den Stadtverordneten des Bezirks gewählt werden und beim Ausscheiden von Stadtverordneten als deren Ersatzmänner in die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung einrücken. Auch die Zahl der Stadtverordneten ist erhöht worden, und zwar auf 225; es soll nicht auf 18 000, sondern schon auf 15 000 Einwohner ein Stadtverordneter entfallen. Die Zahl der Magistratsmitglieder ist dagegen mit Rücksicht auf die Geschäftsfähigkeit des Magistrats auf 30 belassen worden, von denen mindestens ein Drittel unbesoldet sein soll. Auch Berlin selbst soll wie die Vororte in Bezirke geteilt werden, wie dies Berlin selbst beantragt hat. Bei der Zusammenlegung der Bezirke, deren endgültige Gestaltung sich wohl erst aus der Praxis ergeben wird, ist auf die Verkehrs-, Wirtschafts- und Siedlungszusammengehörigkeit Rücksicht genommen. So soll z. B. Südende, das jetzt zu Markendorf gehört, mit Steglitz und Friedenau zu einem Bezirk vereinigt werden. Auch in räumlicher Beziehung wird der Gesetzentwurf den Wünschen der Vororte Rechnung tragen. Allerdings bleibt Spandau trotz seines Einspruchs im Stadtkreise Groß-Berlin. Dagegen wird Staaken mit einbezogen, ebenso die Gemeinden Friedrichshagen und Alt-Glienicke im Osten.

Der Uebergang der Berliner elektrischen Straßenbahnen auf die Stadt. Im Rathause fand heute vormittag eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner elektrischen Straßenbahnaktiengesellschaft statt, die sich mit dem Uebergang des Unternehmens auf die Stadtgemeinde befaßte. Die der Vorsitzende, Stadtrat Alberti mitteilte, befinden sich von dem sechs Millionen Mark betragenden Aktienkapital bereits 5 995 000 Mark Aktien im Besitze der Stadt, so daß nur noch 65 000 Mark an dem vollen Betrage fehlen. In einer vorausgegangenen Aufsichtsratssitzung ist die Uebertragung des Unternehmens auf die Stadt befürwortet worden. Den Aktionären sollen 100 Prozent, also der volle Nennwert der Aktien, vergütet werden. Ohne jegliche Aussprache wurde der Erwerb des Unternehmens durch die Stadt gutgeheißen.

Noch keine Sanierung des Zoo. Die Inhaber der Obligationen der 4prozentigen und 4½prozentigen Teilschuldverschreibungen des Aktienvereins des Zoologischen Gartens waren zu heute vormittag getrennt nach der Handelskammer eingeladen worden, um über finanzielle Opfer schlüssig zu werden, die im Interesse der Erhaltung des Instituts notwendig sind. Es waren dies bereits die dritten Versammlungen, die aus gleichem Grunde einberufen worden waren. Auch diese waren, wie die früheren, nicht beschlußfähig. Der Vorsitzende, Direktor Meißner, erklärte, daß es dem Aufsichtsrat überlassen bleiben müsse, ob er den bisher besprochenen Sanierungsplan fallen lassen oder eine neue Versammlung einberufen wolle. Seitens der Verwaltung seien neuerdings Maßnahmen zu erheblichen Ersparnissen getroffen worden. Auch weise der bisherige Besuch des Gartens eine solche Zunahme auf, daß das Rekordjahr 1913 bereits überflügelt sei. Trotzdem hänge das Bestehen des Gartens von der Durchführung einer durchgreifenden Sanierung ab.

Die Hilferufe durch Fernsprecher sind zunächst im Bereich der Fernsprechämter 1 und 2 in Charlottenburg (Fernsprech-Vermittlungsstelle Wilhelm und Steinplatz) eingeführt worden. Ein an diese Vermittlungsstelle angeschlossener Teilnehmer, der bei Einbruch, Ueberfall usw. polizeiliche Hilfe herbeirufen will, hat nur nötig, bei der Meldung der Vermittlungsbeamtin das Stichwort „Ueberfall" zu nennen. Er wird dann ohne weiteres mit der zur Hilfeleistung verpflichteten Stelle der Polizei verbunden, der er auf Meldung seine Wünsche mitzuteilen hat. Bei den übrigen Vermittlungsstellen Groß-Berlins kann das Verfahren noch nicht eingeführt werden, weil die Umgestaltung der Polizei dies noch nicht gestattet.

Verbrecherkampf in der Kolibri-Bar.

Einen schweren Kampf zwischen Kriminalbeamten und einem Verbrecher gab es in der vergangenen Nacht in einem Lokal der Lebewelt im Westen der Stadt, der Kolibri-Bar in der Motzstraße 65. Vor längerer Zeit wurde der Mäbelhändler Faßner in der Culmstraße von einer bewaffneten Räuberbande, an deren Spitze die Ringkämpfer Fritz Ellsen und Walter Burgaß standen, überfallen. Nach einem heftigen Straßenkampf gelang es, die zunächst geflüchtete Bande zu überwältigen und festzunehmen. Ellsen und Burgaß wurden vom außerordentlichen Kriegsgericht zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, brachen aber aus dem Stadtvogteigefängnis wieder aus, kurz bevor sie in das Zuchthaus überführt werden sollten. In der vergangenen Nacht erhielt Kriminalkommissar Lehnerdt die Mitteilung, daß sich Ellsen in der Kolibri-Bar aufhalte. Der Beamte erbat von dem diensthabenden Kriminalkommissar im Polizeipräsidium die erforderliche Hilfe. Unterdessen begab er sich von seiner Wohnung in Schmargendorf zu Fuß nach der Kolibri-Bar und erwartete vor dem Lokal die Hilfe. Der Pförtner, der den nächtlichen Besuchern aufzuschließen pflegt, rechnete auch ihn zu diesen. Der Kommissar erwiderte, daß er noch einige Herren erwarte. Der Pförtner war auf diese Weise gesprächig geworden und schilderte, wie schön es die ganze Nacht hindurch in der Kolibri-Bar zugehe. Die vorige Nacht sei allerdings „dicke Luft" gewesen. Die „Polente" habe sich bemerkbar gemacht. Jetzt aber sei die Luft rein. In diesem Augenblick kam der Kraftwagen, der einige Beamte und Sicherheitspolizeiten vom Polizeipräsidium brachte. Jetzt wollte der Pförtner hineinstürzen, um die Gesellschaft zu benachrichtigen. Kommissar Lehnerdt faßte ihn jedoch, und es gelang es ihm und den Hilfsmannschaften, sofort einzudringen. Ellsen war gerade beim Tanzen. In dem engen Raume befanden sich gegen hundert Personen. Als der Kommissar den gesuchten Verbrecher anrief, versuchte dieser, sich hinter seine Tänzerin zu verstecken. Die Beamten sprangen zu und es entstand ein Ringkampf, in dem der Gefahte nicht zu überwältigen war. Die Hilfe der Soldaten erwies sich als wenig wirksam, weil die umgebenden Leute nicht wußten, was sie beginnen sollten. Die Menge wandte sich drohend gegen die Beamten. Plötzlich riß Ellsen sich los und ergriff einen Stuhl, um auf Kommissar Lehnardt einzuschlagen. Dieser kam ihm jedoch mit der Dienstpistole zuvor und traf ihn in die linke Körperseite. Der Verbrecher drehte sich einigemale herum, als ob er zusammenbrechen wollte, sprang dann aber durch die Hintertür nach der Küche, um sich dort einzuschließen. Dem Kommissar gelang es, einen Fuß zwischen Tür und Rahmen zu stellen, um das Abschließen zu verhindern. Als der Verbrecher seine rechte Hand erhob, um durch den Spalt zu schießen, gab der Kommissar einen zweiten Schuß auf ihn ab. Jetzt wich Ellsen nach dem Hofe zurück und versuchte, über die Hintertreppe in irgendeine Wohnung zu kommen. Ein dritter Schuß aber streckte ihn nieder. Der Verwundete wurde mit einer Kraftdroschke nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Unter sicherer Bedeckung wurde er mit dem Kraftwagen nach der Charité gebracht.

Die Riesenschiebungen im Spandauer Traindepot. Die Ermittelungen über die Riesenunterschleife im Spandauer Traindepot, die, wie berichtet, von dem dortigen Arbeiterrat ausgeführt wurden, sind jetzt weiter ausgedehnt worden. Den Bemühungen der Spandauer Kriminalpolizei ist es gelungen, noch größere Posten Ware zu entdecken, die in Spandau und Tiefwerder verborgen waren, da sich für die großen Posten nicht gleich Käufer gefunden hatten. So weit bisher feststeht, sind Millionen Mark dem Staat dadurch verloren gegangen, daß die Materialien an Privatpersonen verschoben wurden. Bei den Nachforschungen in der Umgebung Magdeburgs wurde ebenfalls verschobenes Trainmaterial entdeckt. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese Waren dem Magdeburger Traindepot gehörten. Weiter ist festgestellt worden, daß auf dem Güterbahnhof Potsdam eine Reihe von Bahnbeamten bei den Veruntreuungen beteiligt waren. Die Anklage gegen die Spandauer Angestellten des Traindepots richtet sich gegen 20 Personen.

Die Küstriner Zuckerschiebung.

Zum Kapitel „Heereswirtschaft".

Ueber eine Zuckerschiebung, die einer starken amtlichen Hilfe nicht entbehrte, machen wir vor einiger Zeit kurz Mitteilung. Dazu wird uns nun aus Küstrin geschrieben:

Jene Schiebung umfaßt nicht 300, sondern 350 Zentner. Die Polizei hatte Anzeige erhalten und beim hiesigen Proviantamt Nachforschungen vorgenommen. Man fand in einer Scheune, unter Heu versteckt, 250 Zentner Zucker, obwohl diese Scheune mit der Dienstwohnung eines Proviantamtsbeamten zusammengelegen ist und dieser Beamte das Abladen in die Scheune selbst „beaufsichtigt" hat. In Wahrheit hat das Proviantamt selbst dem Zuckerschieber die Scheune zur Verfügung gestellt. Natürlich wollte diese militärische Stelle öffentlich nichts wissen lassen und ließ deshalb die Polizei ruhig suchen. Nun fehlen 100 Zentner, die selbst in dem kleinen Küstrin nicht zu finden sein werden. Dadurch, daß man den Besitzer des Zuckers über acht Tage lang frei herumlaufen ließ, konnte er alle Spuren verwischen; die Aussagen der Beteiligten sollen auch wunderbar abgewogen gewesen sein.

Der Schieber war der Leiter der militärischen Lebensmittelbeschaffungsstelle, der, als Gefreiter, doppelter Jagdpächter ist und im besten Bierlokal eine Etage bewohnt. Alle Küstriner kannten den Menschen als Schieber, nur die amtlichen Stellen wollen ihn als solchen nicht gekannt haben. Er war gefällig gegen alle Personen, die ihm mal gefällig sein konnten. Das muß die Unterfuchung so erschwert haben, daß die Heerespolizei aus Stettin eingreifen und ihre gewandtesten Beamten entsenden mußte. Diese arbeiten seit acht Tagen an dieser für unsere Militärverwaltung nicht erbaulichen Sache. Der frühere Kommandant hat unter anderem von dem famosen „Leiter" und Gefreiten Lebensmittel bezogen, dafür „bittet" jetzt dieser jenen zu sich in Untersuchungshaft. Um den Zucker der Beschlagnahme zu entziehen, hatte sich der Gefreite übrigens erboten, zu einem ihm gut bekannten Intendanturrat nach Berlin zu fahren, der ihm eine Bescheinigung ausstellen würde, daß der Zucker der Heeresverwaltung gehöre. Wie der „Vorwärts" mitteilte, soll die Intendantur auf die ganz bestimmte telegraphische Anfrage nach dem Eigentumverhältnis des Zuckers auch nur ganz allgemein und ausweichend geantwortet haben.

Das Rennen, das anfänglich für den Gefreiten außerordentlich günstig stand, dürfte, nach dem Eingreifen der Stettiner Heerespolizei, von allen seinen „Freunden" aufgegeben sein. Die Bevölkerung ist deshalb auch beruhigter.

Demokratischer Jugendverein Groß-Berlin. Im großen Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 3/4, wird auf Einladung des Deutschdemokratischen Jugendvereins Groß-Berlin am Sonnabend, 13. d. M., abends 7½ Uhr, Professor Dr. Preuß über „Verfassung und Weimar: von alter und neuer Reichsverfassung" sprechen. Eintrittskarten sind im Bureau des Deutschdemokratischen Jugendvereins erhältlich (Kleiner Straße 35, Zimmer 12).

An der Börse veranlaßte heute die Aufhebung des Verkaufsverbotes für Kolonialwerte, die das Hauptinteresse der Börse in Anspruch nahm. Im Zusammenhang hiermit, zeigte sich auch auf den übrigen Marktgebieten vorwiegend Neigung zu Käufen, so daß sich die Haltung als allgemein fest kennzeichnete.

Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlungen	11. 9. Geld	11. 9. Brief	10. 9. Geld	10. 9. Brief	Telegraphische Auszahlungen	10. 9. Geld	10. 9. Brief	9. 9. Geld	9. 9. Brief
Holland . . . G	892	892	862	862	Wien . . . Kr.	42,45	42,55	42,45	42,55
Kopenhag. Kr	520	520	500	500	Budapest . Kr.				
Stockholm Kr	576	576	556	556	Konstantinopel	—	—	—	—
Christiania Kr	546	546	526	526	Konstantinopel T.P.	—	—	—	—
Kristiania . .	136	136	136	136	Madrid . . Pes.	430½	431½	410½	411½
Schweiz . . Fr.	422	422½	402	402½	Barcelona . .				

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, nachts ziemlich kühl, am Mittag warm bei mäßigen südwestlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im östlichen Ostseegebiete noch verschiedentlich etwas Regen, in den meisten anderen Gegenden trocken.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Marx, Berlin-Charlottenburg; für innere Politik: Karl Seiter, Berlin-Reukölln; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtssaalbericht und den übrigen Teil: Heinrich Hoyerswerder, Berlin; für das Feuilleton: Friedrich Wilhelm, Berlin-Südwestder; für den Inseratenteil: Paul Grün, Berlin-Lichterfelde.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Berliner Volks-Zeitung
Nr. 191 Tägliches Unterhaltungs-Blatt Nr. 191

Schießl.

Der Roman eines Gauners.

[11. Fortsetzung.] Von [Nachdruck verboten.]

Hermann Wagner.

„Man kann mir nichts vorwerfen", wandte Schießl bieder und treuherzig ein. „Ich besuche keine Gasthäuser, ich trinke, ich spiele, ich rauche nicht, der Herr Quast haben es selbst anerkannt, daß ich keine Leidenschaften habe."

Der treuherzige Ton gefiel Herrn Quast. „Schön, Schießl, ist es da nicht um so bedauerlicher, daß Sie sich zu Liebschaften hinreißen ließen, zu höchst verwerflichen, niederträchtigen Liebschaften?"

Hier wurde Schießl rot. Es schien, als flamme eine edle Entrüstung in ihm auf, die nur durch die Empfindungen des Respekts gebändigt wurde, den er seinem trotz allem hochverehrten Herrn Chef entgegenbrachte. „Verzeihung," stieß er gepreßt hervor, „man kann mir nicht nachlagen, daß man mich jemals in Gesellschaft eines zweifelhaften Mädchens gesehen hat."

„Aber man hat Sie mit meiner Tochter gesehen, Mensch!"

„Verzeihung, Fräulein Else ist ein höchst ehrenwertes Mädchen", rief Schießl mit einer Stimme aus, die von nur mühsam verhaltener Empörung zitterte.

Herr Quast merkte, daß er in eine Sackgasse geraten war, und die Ahnung dämmerte ihm, daß er von der Biederkeit und Treuherzigkeit Schießls, die beide nur geheuchelt waren bewußt und behutsam in diese Sackgasse geführt worden war. Er wurde daher schnell wieder nervös und wütend. „Das weiß ich", schrie er den raffinierten Burschen an. „Und deshalb ist sie auch kein Spielzeug für Sie, für solch einen . . . Jungen!"

Schießl reckte sich und deutete damit an, daß er schon ein recht ausgewachsener Junge sei, der es gegebenenfalls mit so manchem fetten Familienvater und kindischen Ehemänner aufnehmen könne. „Fräulein Else war für mich kein Spielzeug", bekannte er mit jenem warmen Ernst, in dem man derlei wichtige Lebensfragen behandelt. „Ich hab' es ehrlich mit ihr gemeint."

Diese Versicherung schlug dem Faß den Boden aus. Die Stimme des Herrn Quast überschlug sich, und er donnerte so heftig mit der Hand gegen die Platte des Schreibtisches, daß seine „Mara Avis" (der Kuckuck weiß, warum ich gar keine hellen Zigarren mehr bekommen kann!" pflegte er oft zu sagen) zerbrach. „Sie haben gar nichts zu meinen!" schrie er. „Sie haben sich zu entfernen! Sie sind entlassen!"

„Ich bitte um meinen Gehalt für drei Monate," sagte Schießl kühl, „um meinen Gehalt und um mein Zeugnis."

Herr Quast ging mit jener Hast, in der man stets Dummheiten macht, die man nachher, kühl geworden, bereut, an den Kassenschrank, öffnete ihn und entnahm ihm ein paar Scheine, die er Schießl verächtlich hinwarf. „Hier," schnaufte er. „Wenn Sie das Geld verbraucht haben, dann können Sie hungern!"

„Nein," widersprach Schießl, „ich werde arbeiten. Ich werde es zu etwas bringen und Ihnen zeigen, daß Sie mich verkannt und mir Unrecht getan haben. Ich hoffe, daß Sie Ihre Meinung über mich noch ändern werden."

„Aeh," machte Herr Quast nur mit einer wegwerfenden Geste. „Ihr Zeugnis werde ich Ihnen schicken."

Schießl verbeugte sich. „Ich danke Ihnen, Herr Chef. Es tut mir sehr leid, Ihr geschätztes Haus verlassen zu müssen. Ich werde immer mit Hochachtung an Sie denken."

Es war Mittag, und die Arbeiter kamen aus den Fabriken. Vom Erfolg gekrönt, mit spielend erworbenen vierhundertfünfzig Mark in der Tasche, hatte Schießl das Gefühl einer großen Ueberlegenheit über die Leute, die in schmierigen Anzügen und mit verdrossener Eile seinen Weg kreuzten.

Er spürte: Er war ein Kerl, der sich nicht wie diese, zwingen ließ, unten zu bleiben. Natürlich, alle diese Proletarier hatten ja gar keine Energie und Willenskraft. Was täte jetzt etwa einer von ihnen, dem so mühelos vierhundertfünfzig Mark zugefallen wären? Anstatt heim zu seinen Kartoffeln und zu seinem Kaffee zu gehen, würde er bestimmt in ein Gasthaus eilen, um sich ein teures Kottelett vorsetzen zu lassen, worauf er trinken und rauchen würde, bis er berauscht war: womit dann jener Zustand erreicht war, in dem man Geld, das man leicht erwirbt, noch leichter ausgibt. Dazu verstand sich er, Schießl, nicht, obgleich doch ein jeder, der ihn so sah, darauf geschworen hätte, daß er es heute unter einem Gänsebraten nicht tun würde. Schießl lächelte und pfiff lustig vor sich hin. Gewiß, er würde Gänsebraten essen, — aber erst später einmal, in ein paar Jahren, wenn er es wirklich dazu hatte. Zunächst aß er Gänsebraten in der Phantasie. Er schmeckte ihm vortrefflich, denn er kostete gar nichts. Um ein übriges zu tun, zündete er sich eine seiner vorzüglichen Zigarren an, und bedauerte nur, daß niemand da war, zu dem er sagen konnte: Das ist eine „Mara Avis", — aber nur ausgesuchte Ware, andere rauche ich nicht!

Daheim gab es Kartoffelsuppe und Speckklöße, und Schießl aß sich so satt, daß er sicher war, sich während des Nachmittags nichts mehr kaufen zu müssen. Darauf packte er seine Sachen, damit sie noch am gleichen Tage zur Bahn gebracht würden.

Seine Mutter half ihm dabei. Sie ließ es sich auch nicht nehmen, den nicht sonderlich umfangreichen Kord für ihren Sohn mit einem Handwagen auf den Bahnhof zu fahren. „Du kannst das nicht tun," meinte sie sehr richtig, „dazu bist du schon viel zu fein."

Sie rückte auch mit fünfzehn Mark heraus, die sie für alle Fälle auf die hohe Kante gelegt hatte. „Nimm es," forderte sie ihn dringend auf, „du wirst es brauchen. Du kommst unter fremde Leute und die sind unverschämt."

Doch Schießl nahm bloß zehn Mark. „Du sollst dir auch mal was Gutes kaufen," lehnte er bescheiden ab, was sie so rührte, daß sie Tränen vergoß.

Am Nachmittag begab er sich auf die Sparkasse, um vierhundert Mark auf sein Konto einzuzahlen. Sechzig Mark behielt er sich, sie mußten für die Reise und für den Aufwand der nächsten vier Wochen reichen.

Während er am Schalterfenster stand, blies er dem Kassierer den Rauch seiner „Mara Avis" unter die Nase. Auch sonst zeigte er, daß er es dazu hatte, hochmütig zu sein und daß er sich, wenn er dennoch bescheiden war, eigentlich nur herabließ.

Der Kassierer kannte ihn und dachte, als er das Geld im Empfang nahm, sogleich an Herrn Schönbüchel. „Es ist gut, wenn man einen Millionär zum Vater hat," sagte er und sein Lächeln war ein schlichtern-höfliches Lasten. — „wie?"

„O ja", begnügte sich Schießl nur dunkel zu erwidern.

Nun hatte er noch einen Gang vor, den er schon lange geplant hatte und den er nun endlich zu tun gedachte. Er war keineswegs ungeduldig oder nervös oder auch nur unruhig, er war völlig kühl. Viel zu lange hatte er sich schon auf die Sache vorbereitet. Er gab sich auch keinen übertriebenen Erwartungen hin, viel eher dachte er zunächst an einen Mißerfolg. Zunächst. Man bricht ein Hindernis nicht immer beim ersten Anrennen und am wenigsten entreißt man dem, der satt und selbstbewußt und zäh auf einem großen Besitz hockt, auf einen ersten Ansturm ihn Geld. Und lediglich um Geld war es ihm zu tun, keineswegs um Gefühle. Was scherte es ihn, daß er einen Vater hatte, der sich nicht um ihn kümmerte! Ihn interessierte allein, daß er im glücklichen Besitze eines unehelichen Vaters war, dessen Vermögen nach Millionen zählen sollte. Daß dieser Mann sich nicht um ihn bekümmerte, daß fand er durchaus begreiflich, er hätte an seiner Stelle auch nicht anders gehandelt. An ihm, dem Sohn war es dem Alten Beine zu machen. Freilich, mit einem Trinkgeld war die Sache diesmal nicht abgetan. Schießl wies den Gedanken weit von sich, von seinem leiblichen Vater Trinkgelder anzunehmen. Auch er hatte seinen Stolz.

(Fortsetzung folgt.)